

Vorlage Nr. 101.18.33

13. April 2016
1 von 3

KVG-Linienreform: Nahverkehr ausbauen - Keine Angebotsstreichungen

Antrag

zur Überweisung in den Eingabeausschuss

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die KVG wird aufgefordert, die für 2017 geplante Liniennetzreform nach folgenden Vorgaben zu gestalten:

- Es wird ein attraktiver und zukunftsfähiger öffentlicher Nahverkehr in Kassel verwirklicht
- Beibehaltung des derzeitigen 15- und 30-Minuten-Taktes anstelle vorgesehener Taktausdünnungen
- Verzahnung von Kasseler ÖPNV mit dem Fernverkehr am Bahnhof Wilhelmshöhe
- Beibehaltung der Linienführung der Tramlinien
- Ein besseres Angebot an Samstagnachmittagen, jedoch nicht zu Lasten des bestehenden Angebots
- Kapazitätsverbesserung durch den Einsatz von Anhängern (Beiwagen)
- Einer gute Erschließung in den Stadtteilen
- Keine Taktausdünnungen abends und am Wochenende, insbesondere zur Hessenschanze, nach Wilhelmshöhe und zur Ihringshäuser Straße
- Kein Wegfall der regulären Bus-Bedienung an derzeitigen Haltestellen (wie z. B. die Buslinie 21 in Oberzwehren)
- Kein Ersatz von Busverkehren durch Anruf-Sammel-Taxen (AST) bereits ab 20 Uhr oder ganztägig (Linien 21 und 24)
- Keine neuen Lücken im Busnetz der Stadt Kassel, sondern Erhalt der Buslinien in der Heinrich-Schütz-Allee (Linie 24), Philippistraße (Linie 27), am Lindenberg (Linie 25) und am Fasanenhof (Linie 27)

Die KVG wird von der Stadt Kassel als Eigentümerin finanziell in notwendigem Maße ausgestattet, um ein entsprechend der vorstehenden Vorgaben gestaltetes Liniennetz betreiben zu können.

Begründung:

Das von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel mit dem Verkehrsentwicklungsplan am 20. Juli 2015 beschlossene Ziel einer Erhöhung des Anteils des ÖPNV am Gesamtverkehr in der Stadt erfordert eine Verbesserung und Erweiterung des Verkehrsangebots der KVG. Massive Angebotseinschränkungen, wie sie die bislang von der KVG geplante Liniennetzreform vorsieht, sind damit nicht vereinbar.

Das bislang weitgehend mit dem Ziel von Einsparungen entstandene Konzept beinhaltet kaum Verbesserungen, dafür eine Menge Verschlechterungen, vor allem während der Schwachlastzeit. Hinsichtlich der Vielzahl massiver Verschlechterungen und einiger weniger Verbesserungen, ist alleine der geplante Umfang an Änderungen im Kasseler Nahverkehrsnetz so umfassend, dass das künftige Netz aus Fahrgastsicht unüberschaubar und unzumutbar ist. Erschwerend kommt hinzu, dass das geplante Angebot mit sehr vielen Ausnahmen versehen ist und Linien gebrochen werden, was nicht nur Reisewege verkompliziert, sondern auch die Merkbarkeit von Verbindungen.

Künftig sollen viele der derzeitigen Bushaltestellen überhaupt nicht mehr und viele weitere nur noch mit Anruf-Sammel-Taxen angefahren werden. Da die Bushaltestellen fast ausnahmslos in den am Stadtrand gelegenen Stadtteilen mit einer großen Wohnbevölkerung liegen, werden viele Bürgerinnen und Bürger dieser Stadtteile künftig wieder auf das Auto zurückgreifen, um zum Arbeitsplatz oder zum Einkaufen in die Stadt zu kommen. Gleiches gilt vielfach für den täglichen Schülerverkehr; das "Eltern-Taxi" wird wieder verstärkt zum Einsatz kommen.

Durch den dichter werdenden Autoverkehr steigt die Aggressivität im vielfach stockenden Alltagsverkehr, die dann die schwächeren Verkehrsteilnehmer, also die Radfahrer/-innen und Fußgänger/-innen, zu spüren bekommen. Höhere Unfallzahlen mit mehr Toten und Verletzten werden die Folge sein. Die steigende Gefahr wird dazu führen, dass Radpendler/-innen wieder das Auto nehmen werden und damit die Verkehrsdichte in der Stadt weiterhin steigt.

Die bislang bekannten Planungen zur Umgestaltung des Kasseler Liniennetzes werden insoweit eine massive Verschlechterung der Lebensqualität für die Kasseler Bürger/-innen zur Folge haben. Anstatt die anhaltende Grenzwertüberschreitung bei Stickoxiden und die gesundheitsschädliche Lärm- und Feinstaubbelastung zu verringern, werden die Belastungen der Kasseler Wohnbevölkerung weiter erhöht.

Die langfristige Verringerung der Verkehrsemissionen ist jedoch dringend erforderlich; eine gesunde und klimafreundliche Mobilität und die damit einhergehende Steigerung der Lebensqualität der Kasseler Wohnbevölkerung muss Ziel kommunaler Politik sein.

Deshalb ist es notwendig, die mit dem Verkehrsentwicklungsplan beschlossene Stärkung des sog. Umweltverbundes (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr) weiterhin zu

verfolgen, um zu einer weiteren Verlagerung des Alltagsverkehrs vom eigenen Auto hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln zu kommen.

3 von 3

Nach alledem ist es erforderlich, den ÖPNV in Kassel auszubauen, statt vorhandene Angebote zusammen zu streichen. Die Planungen der KVG müssen entsprechend ausgerichtet werden; zielgerichtete Vorgaben der Stadtverordnetenversammlung als politischer Interessenvertretung der Kasseler Bürgerinnen und Bürger sind notwendig.

Letztlich gehört hierzu auch, dass Stadtverordnetenversammlung und Magistrat die KVG finanziell so ausstatten, dass sie diesen Zielsetzungen gerecht werden kann.

Berichterstatter/-in: